



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Möglichkeiten und Notwendigkeiten der auswärtigen Politik Deutschlands

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Möglichkeiten und Notwendigkeiten der auswärtigen Politik Deutschlands



Weltgeschichtliche Wandlungen vollziehen sich mit einer Schnelligkeit, die die Zeitgenossen so überrascht, daß sie, die vom Flusse der Ereignisse getragen werden, erst nach längerer Zeit gewahr werden, welche Wege die Entwicklung eingeschlagen und wie große Strecken sie schon zurückgelegt hat. Mit Staunen werden sie dann inne, daß sie sich gewöhnen müssen, die Blicke auf neue Ziele zu richten. Große Probleme, an deren Lösung ein Volk jahrzehntelang seine Willenskraft und Fähigkeit gesetzt hat, scheinen plötzlich zu versinken, neue gewaltige Aufgaben, an die früher selbst der politische Wagemut nur schüchtern herantrat, tauchen fast unvermittelt auf und fordern die Einsicht, die Opferwilligkeit und Thatkraft der Nation heraus. Wir stehen an der Jahrhundertswende mitten in einer solchen Wandlung des Ganges der Weltgeschichte: „Tönend wird für Geistesohren schon der neue Tag geboren!“ Die europäische Politik wird verdrängt durch die Weltpolitik, an der Schwelle einer neuen Zeit öffnet sich die Pforte ein wenig und eröffnet den Blick in unermeßliche Fernen und Weiten.

Die Einheitsbestrebungen des deutschen und des italienischen Volks hatten bisher der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ihren Stempel aufgedrückt. Die Auseinandersetzungen Deutschlands mit Österreich und mit Frankreich, die Bildung des italienischen Nationalstaats gegen Österreich mit Hilfe Frankreichs, die äußere Befestigung des mit blutigen Opfern Errungenen im Dreibund, dem sich dann der russisch-französische Zweibund gegenüberstellte — dies hatte bis in die jüngste Vergangenheit den Gang der internationalen Politik bestimmt. Auf dem Festlande Europa schien endlich ein stabiles Gleichgewicht hergestellt zu sein, das ernstlich zu stören im Westen und vielleicht im Osten wohl der

böse Wunsch vorhanden war, aber nicht die Entschlossenheit, die nicht vor den unabsehbaren Folgen der Entscheidung zurückschreckt. So schien die Zeit des innern Ausbaus gekommen. Aber unversehens sah man sich einer gänzlich veränderten Situation gegenüber. In England wurde die Anwendung eines Kleinbritanniens ohne Kolonien rasch und ungestüm von einem weltumspannenden Imperialismus verjagt. Rußland wandte sich vom Westen ab und schob sich mächtig nach dem Osten vor. Der Sieg Japans gegen China hat in Ostasien eine neue Großmacht zur See geschaffen. Frankreich hat sich in Afrika und Asien ein ungeheures Kolonialreich erworben. Die Vereinigten Staaten von Amerika treten ganz unvermittelt, mit einem Schlage als bestimmend in die internationale Politik ein. Europa ist nicht mehr allein das Schachbrett, auf dem die Staatsmänner im Frieden und im Krieg Parteien gewinnen oder verlieren; die Szene hat sich erweitert: die ganze bewohnte Erde ist der Schauplatz geworden, auf dem sich nun die großen Entscheidungen der Weltgeschichte vorbereiten und vollziehen.

Diese neue Epoche wird ebenso durch das Streben nach Weltherrschaft wie nach Weltwirtschaft bestimmt; der Kampf geht ebenso um die Märkte wie um die Macht. Sehr nüchterne kaufmännische Erwägungen spielen hier keine mindere Rolle als der dunkle Drang der Volksseele. Es ist doch in hohem Maße bedeutungsvoll, daß es gerade die beiden Nationen, die für die nüchternsten, berechnendsten im ökonomischen Leben gelten, die Engländer und die Amerikaner sind, bei denen sich jetzt der Expansionsdrang am stürmischsten äußert, ganz offenbar getragen von dem Willen der Massen, der oft die Neigung der Regierungen meistert. Wie ein ungestümer Trieb, ein unfehlbarer Instinkt, der jahrelang schlummert, dann aber mit unwiderstehlicher Gewalt hervorbricht, sitzt es in diesen Völkern; während in Rußland und Frankreich die enormen Kolonialreiche weit mehr aus kühlen Kalkulationen der Kabinette herausgewachsen sind als aus wirtschaftlichen Gründen, ist in England jedermann ohne Unterschied des Stands, des Berufs und der Partei von der Überzeugung durchdrungen, daß Handel und Industrie gesicherter Absatzmärkte bedürfen, und freut sich Jungamerika impulsiv der Weltmachtstellung. Man mag vom Standpunkte der Ethik, der Kultur zu dieser Entwicklung stehen, wie man will, sie loben oder verdammen — man muß sie als eine unwiderstehliche Tatsache anerkennen, mit ihr rechnen, aus ihr für das eigne Volk die Folgerungen ziehen.

Und diese können nur lauten, daß sich Deutschland diesen neuen Problemen gar nicht entziehen kann, wenn es nicht blind oder leichtfertig seine Zukunft in die Schanze schlagen will. Das Deutsche Reich ist schon jetzt keine Kontinentalmacht mehr, sondern mit tausend Fäden in die Weltinteressen verflochten. Millionen unsrer Landsleute sind ausgewandert, haben den innern Zusammenhang mit der Heimat verloren und fremde Staatswesen jenseits des

Weltmeeres befruchtet. Aber nach Hunderttausenden zählen die deutschen Reichsbürger, die an den Küsten aller Ozeane, in allen Weltteilen sitzen und erfolgreich als Pioniere deutscher Art, deutscher Wirtschaft und deutschen Ansiehens für sich und für das Vaterland wirken, nach Milliarden die im Auslande angelegten deutschen Kapitalien. So bescheiden unsere Kolonien in Afrika, Asien, im australischen Archipel sind — sie sind doch Stützpunkte unsrer Macht, Träger mancher Hoffnungen, und die Wahrung und Förderung ihrer Interessen verpflichtet uns jetzt schon unlöslich in die internationale Weltpolitik. Selbst wenn es gelingen sollte, dereinst unser Volk ausschließlich mit deutschem Getreide, deutschem Fleisch zu ernähren, so bedürfen wir doch einer enormen Einfuhr an Rohstoffen für Industrie und Gewerbe, die bei uns nicht wachsen, damit die riesig anschwellende Bevölkerung Arbeit, Lohn und Brot finde. Und diese Einfuhr an Rohstoffen, zu denen noch die tropischen Produkte für unsere Lebensführung treten, muß doch wieder mit ausgeführten Waren, Erzeugnissen des Gewerbes und der Landwirtschaft bezahlt werden. Der deutsche Handel, die deutsche Schifffahrt sind die zweitgrößten in der Welt, nur England ist uns voraus, aber nirgends als in London weiß man besser, wie hartnäckig der Deutsche dem Briten auf dem Weltmarkt nachrückt. Wir Deutschen sind lange genug der Kulturdünger für andre Völker gewesen, wir verlangen jetzt unsern Anteil an der Herrschaft über die Welt durch die weiße Rasse. Im kommenden Jahrhundert werden nur die Reiche Großstaaten sein, die Weltmächte sind und zu Lande wie zur See ihre Macht beweisen.

Das Deutsche Reich ist, wie Kaiser Wilhelm II. am fünfundzwanzigsten Jahrestage der Versailler Kaiserproklamation sagte, ein Weltreich geworden! Wir können gar nicht mehr zurück. Eine Politik, die als ihr Ziel hinstellte, daß wir im Frieden unsern Kohl bauen sollten, ohne uns um die Dinge draußen zu kümmern, würde unfehlbar in kürzester Frist nicht nur dahin führen, daß wir als Großmacht abdanken, sondern auch zu einer innern Verelendung und Versumpfung, die uns zur Beute mächtigerer Staaten machen müßte. Lord Salisbury hat vor kurzem das harte Wort gesprochen, daß die großen Staaten immer größer, die kleinen immer kleiner werden. Wenn das wahr ist — und wir halten es dafür —, so soll Deutschland zu den großen Reichen gehören. Schon jetzt ist der Begriff der Großmacht nicht mehr der alte: England, Rußland, Amerika, Deutschland, allensfalls noch Frankreich stehn voran, dann kommen in weitem Abstände Osterreich-Ungarn und Italien; Spanien, die Türkei gehören nicht mehr in diese Kategorie, und wie rasch sich der Niedergang einer Großmacht vollziehen kann, das beweist die Geschichte dieser Länder, ebenso wie die letzten Jahre bewiesen haben, wie blitzartig schnell sich die Weltkonstellation zu völlig neuen Situationen und ungeahnten Problemen verschieben kann. Will man einen Beginn der internationalen Weltpolitik setzen, so kann man ihn in der Kongokonferenz zu Berlin von 1884/85 sehen. Aber

mit welchen Riesenschritten ist in diesen paar Jahren die Entwicklung der Dinge seitdem allen Erwartungen vorausgeeilt, die sich selbst die kühnsten Politiker damals kaum im stillen zu gestehn wagten. Die Aufteilung Afrikas vom Kap bis Kairo, vom Niger bis zum Sambesi, die Zerlegung Chinas in Interessensphären der europäischen Großmächte, die Verschärfung des englisch-russischen Gegensatzes in Asien, Amerika als ostasiatische Macht, Japan als Marinestaat, die Probleme, die die Inselgruppen des Stillen Ozeans bergen, der Kampf um die Märkte in Asien, Afrika, Südamerika — an allen diesen Vorgängen, die endlose Zukunftsperspektiven eröffnen, ist Deutschland jetzt schon beteiligt und muß es beteiligt bleiben, wenn es einen Platz an der Sonne haben will! Die Möglichkeiten werden hier zu Notwendigkeiten.

Des großen Florentiners Wort, daß die Staaten durch dieselben Mittel erhalten werden, mit denen sie gegründet worden sind, werden wir auch jederzeit für Deutschland im Auge behalten müssen. Blut und Eisen haben die deutschen Stämme zusammengeschweißt, auf dem Schlachtfelde ist das Reich gegründet, in Wehr und Waffen hat das Reich seitdem den Frieden geschirmt. Aber es ist doch eine ganz äußerliche, rein mechanische Doktrin, wenn angesichts der neuen Aufgaben, vor die unsre Politik gestellt ist, die Behauptung wiederholt wird, wir müßten auch in Zukunft die alten Wege gehn. Wenn man sich hierbei auf den Fürsten Bismarck beruft und immer wieder die Staatskunst dieses Heros gegen die jetzige Leitung der Geschäfte ausspielt, so verfällt man dabei — solange es gutgläubig und wohlmeinend geschieht — in einen Irrtum und in ein Mißverständnis. Das war ja gerade die geniale Eigentümlichkeit des ersten Reichskanzlers, daß er zwar das Ziel jederzeit fest und unverrückt im Auge behielt, daß er sich aber in den Mitteln immer den Umständen anschmiegte. Niemand war weniger doktrinär als er, niemand reicher in dem Finden von Wegen, niemand auch entschlossener in ihrer Wahl. Es ist daher ein Irrtum, wenn schlechtweg die Fortsetzung der Bismarck'schen Politik als Allheilmittel für unsre auswärtigen Beziehungen angepriesen wird in dem Sinne, als wenn es sich um einfache Weiterführung eines einmal eingeschlagenen Kurzes handle. Ein Mißverstehen der Verhältnisse aber liegt insofern vor, als die neuen, der Reichspolitik erwachsenen Aufgaben gerade Probleme enthalten, denen der Fürst Bismarck bei ihrem Heraufdämmern in den letzten Jahren kühl oder ablehnend gegenüberstand. Ja, wenn wir noch die Wahl hätten, ob wir bloß europäische Politik oder Weltpolitik treiben wollten! Aber wir werden — ob mit oder gegen unsre Wünsche — durch den Zwang eherer Notwendigkeiten in die Bahnen der internationalen Weltpolitik hineingerissen, wir haben gar nicht mehr die Möglichkeit, uns auf das Festland zu bescheiden. Fürst Bismarck aber war der staatsmännische Beherrscher Europas, hier hat er seine unsterblichen Triumphe errungen, hier hat er auch seine Grenzen gefunden. Auch der größte Sohn des Jahrhunderts

bleibt ein Sohn seiner Zeit. Ihm war die Bedeutung der Seeherrschaft und der Seegelung für Deutschland verschlossen, er hat vor weltpolitischen Plänen als vor einer Abenteuer- und Prestigepolitik gewarnt, die Kriegsflotte als Machtmittel hat er kaum anerkannt, sein politisches Testament, die „Gedanken und Erinnerungen“ enthalten von der Marine, von den Kolonien, von der Verflechtung in die Weltwirtschaft und von deutscher Überseepolitik kaum ein Wort. Darin soll nicht der Schatten eines Vorwurfs liegen. Der Gründer des Deutschen Reichs hat ein so gewaltiges Tagewerk vollbracht, daß sein Lebensabend den Pflichten der kommenden Zeit fern und fremd gegenüberstand. Aber in seinem Geiste heißt es handeln, wenn man auch mit neuen Mitteln für die Größe, Macht und Wohlfahrt des Reichs arbeitet, wie das neue Jahrhundert es fordert.

Glücklicherweise ist die Erkenntnis von der Bedeutung der Seegelung Deutschlands und des einzigen Instruments, sie zu erlangen und zu behaupten, einer starken Kriegsflotte, doch schon in sehr weite Kreise gedrungen. Es ist eine That Kaiser Wilhelms II., die in ihrer ganzen Tragweite erst in späterer Zeit von der Geschichte gewürdigt werden wird, daß sein Blick zuerst die Wandlung von der europäischen zur Weltpolitik erkannte und seine rastlose Energie scharf und bestimmt daraus die praktischen Folgen zog. Unermüdlieh war er als Erzieher der Deutschen für den Flottengedanken thätig. Und als das Flottengesetz 1897 an den Reichstag kam, war der Boden schon gelockert und empfänglich. Die parlamentarischen Verhandlungen, eine starke, vornehmlich von den Gebildeten getragene Bewegung in der Nation, eine rührige Propaganda in Wort und Schrift, Vereine und Versammlungen haben dieses Werk der Erziehung und Aufklärung aufgenommen und mit Erfolg fortgesetzt. Nur politische Mumienhaftigkeit und radikale Verrantheit verschließen sich heute noch der Thatfache, daß die Annahme des Marinegesetzes eine Notwendigkeit für unsre Existenz als Reich und Volk war. Aber andererseits ist doch nicht zu leugnen, daß selbst Wohlmeinende — breite Schichten der Bevölkerung sowohl als sogar führende Politiker — noch weit davon entfernt sind, den wahren Stand der Dinge und die unausbleibliche Richtung der Entwicklung so scharf zu erfassen, daß sie sich auch mit ihren Ansichten über die Art und Weise, wie den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten zu begegnen ist, den neuen Aufgaben anpassen. Wir stecken mit unsern politischen Anschauungen noch vielfach und jedenfalls viel zu tief in der Zeit der Festlandspolitik, wo ein starkes Heer allein die ultima ratio war, wenn die friedlichen Mittel der Staatskunst versagten. Von der vollen Bedeutung der Flotte für das Reich als Groß- und Weltmacht haben sehr weite Kreise noch kaum eine Ahnung.

Namentlich begegnet uns dieses Verharren in alten und überlebten Traditionen bei der Erörterung von Bündnissen Deutschlands mit andern Mächten. Gerade hier aber ist scharf zwischen Festlandspolitik und Über-

seepolitik zu scheiden. Der Dreibund ist eine Allianz zur Abwehr feindlicher Angriffe in ganz bestimmten Fällen. Schutz gewährt er dem Deutschen Reiche nur in gewissen Verwicklungen, die sich im wesentlichen auf dem Kontinente vollziehen. Wenn Deutschland einen Krieg mit zwei Fronten nach Osten und Westen zu bestehen haben sollte, so wird seine Landmacht durch die Armeen von Österreich-Ungarn und Italien eine gewaltige Verstärkung erfahren. Zur See aber wird es auf die eigene Kraft angewiesen sein; denn die Flotte des Donaureichs fällt kaum mehr ins Gewicht, und die italienische Marine wird durch einen Teil der französischen festgelegt werden. So hat die deutsche Flotte allein dann die weitgespannten Küsten der Ost- und der Nordsee gegen die russischen und französischen Panzer und Kreuzer zu schützen vor Landungen, Beschießungen, Blockade und Verkehrsunterbindung. Unsere Flotte wird sich aber selbst nach Ablauf des Flottengesetzes kaum an Stärke mit der russischen, geschweige denn mit der französisch-russischen Kriegsmarine messen können. Also selbst für den Fall eines ganz überwiegend zu Lande geführten Kriegs wird Deutschland die Schwäche seiner Rüstung zur See teuer büßen müssen. Sogar wenn die Entscheidung auf dem Boden des alten Europa ausgekämpft wird, muß im Zukunftskriege der Flotte eine unendlich viel wichtigere Rolle zufallen als bisher, wo die Festlandsmächte eben kaum über eine nennenswerte Seemacht verfügten oder diese, wie 1870 bei den Franzosen, im Kriegsfalle nicht in aktionsfähigem Zustande war.

Allein bei der Flotte aber liegt die Entscheidung in einem Kriege mit England oder den Vereinigten Staaten oder Japan. Denn es ist ganz unmöglich, vor der Vernichtung der feindlichen Marine und vor der Erlangung unangefochtener Seeherrschaft den Krieg durch Landungstruppen in Feindesland zu tragen. Und die Seeherrschaft ist weder durch einen *guerre de course*, so lästig er dem Handel auch werden mag, noch durch listige Handstreich zu erzwingen, sondern allein in offener Schlacht durch die Wucht der Machtmittel, die sich in Geschütz und Panzer konzentrieren.

Indessen die Betrachtung von Kriegsmöglichkeiten mag auf sich beruhen bleiben. Unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser sollen ja nicht dem Angriff, sondern der Verteidigung dienen, und wir machen die Verteidigung deshalb so stark, daß andre Staaten vor dem Angriff zurückscheuen. Auch hier wird demnach, angesichts der gewaltigen Vermehrung der Kriegsmarine in den Großmächten England, Rußland, Frankreich, Amerika, der deutschen Flotte eine ganz andre Bedeutung im Interesse der Wahrung des Friedens zukommen als bisher. Tritt Deutschland mit einer bedeutenden Seegeltung in die Weltpolitik an, so werden die großen Seemächte mit ihm rechnen müssen; seine Bündnisfähigkeit in den entscheidenden Weltaktionen wächst, nicht die Landarmee, sondern die Flotte läßt in überseeischen Konflikten ein Bündnis mit dem Deutschen Reiche den übrigen Weltmächten begehrenswert erscheinen.

Man denke an die große, schicksalschwere Entscheidung zwischen England und Rußland! Dem Zarenreiche wird Deutschland dann ein wertvoller Bundesgenosse sein, wenn es Rußland zur See mit Ausbietung einer starken Flotte beistehn kann; denn es ist doch ganz ausgeschlossen, daß unser Landheer jemals Seite an Seite mit den Russen in Asien gegen England kämpfen wird. Haben wir aber nur eine schwache Flotte, so kann Großbritannien uns vor die Alternative zwingen, entweder in den Landkrieg gegen Rußland einzutreten, oder durch Blockade, Küstenzerstörung und Kolonialniederlagen in schwerste Bedrängnis zu geraten. Nur wenn wir zur See formidabel sind, wie es einst die Stadt Emden von Friedrich dem Großen verlangte, wird uns die britische Politik, deren Kennzeichen die äußerste Rücksichtslosigkeit gegen die Schwachen ist, respektieren. Eine starke Kriegsmarine Deutschlands kann vielleicht einmal das Zünglein an der Wage weltenschwerer Geschicke werden: sie allein gewährt uns auf die Dauer die Möglichkeit einer Option zwischen London und St. Petersburg, ja sie sichert die Erhaltung des Weltfriedens, den wir dann gewissermaßen diktieren können. Nur eine starke Flotte kann uns dereinst, wenn überhaupt je, den Ausgleich mit Frankreich verschaffen, das vor kurzem, im Gefühl seiner maritimen Schwäche ein Faschoda, ein Maskat hat erleiden müssen von dem Meere beherrschenden Britannien. Daß wir für Amerika und für Japan nur als Seemacht Wert als Freund oder Gegner haben, bedarf keines Wortes weiter.

Die selbstverständliche These, daß man Seemächte nur als Seemacht bekämpfen und besiegen kann, hat unlängst zu einem Vorschlage geführt, der aus einer richtigen Voraussetzung zu höchst bedenklichen Schlüssen leitet. Noch brannte in Frankreich die Demütigung von Faschoda, noch bebte in Deutschland die Entrüstung wegen Samoas nach. Wie aber der Übermacht Englands, wie der Ummassung Amerikas wirksam begegnen? „Vereint sind auch die Schwachen mächtig,“ und so tauchte der Gedanke einer Seeunion Europas gegen England=Amerika auf. Er ist in agrarischen Kreisen erörtert worden, das Organ des „Bundes der Landwirte“ hat ihn veröffentlicht, und wenn es auch sofort selbst starke Zweifel an der Ausführbarkeit des Planes geäußert hat, so nahmen doch seine weiter daran geknüpften Erörterungen eine Wendung, daß eine kritische Beleuchtung der „Seeunion des festländischen Europas als Garantie des Weltfriedens“ angezeigt erscheint, um zu verhüten, daß derartige Utopien in die Gedankenwelt weiterer Kreise Einlaß finden und so die Entwicklung gesunder Anschauungen erschweren oder zerstören. Gerade weil das Projekt von einem offenbar patriotisch fühlenden und den Seeinteressen Deutschlands wohlgesinnten Manne herrührt, ist es notwendig, seine völlige Haltlosigkeit und Gefährlichkeit zu erweisen — haltlos, weil es undurchführbar ist, gefährlich, weil es vom richtigen Wege ablenkt. Der Sdeengang des „Seeunionisten“ ist etwa folgender:

Der Realpolitiker, der dem Frieden dienen will, beherzigt den alten Erfahrungssatz, daß man schlagfertig bleiben muß, wenn man Frieden haben will. Bewaffnete Koalitionen können nicht nur zur Kriegführung, sondern auch zur Friedenserhaltung dienen. Der Dreibund und der Zweibund sind ausgesprochne Mittel zur Bewahrung des Friedens geworden. Unter ihrem Einfluß ist das Friedensbedürfnis des festländischen Europas gewachsen. Die wirtschaftlichen Interessen, die Frage nach Absatzgebieten für Waren und Menschen beherrschen heute das Feld. Die Überseepolitik hat die beschränkte nachbarliche Eifersuchtspolitik abgelöst. Ein Krieg zwischen den festländischen Nachbarstaaten scheint heute fast undenkbar; selbst der Sieger fürchtet die unwiderbringlichen Einbußen auf wirtschaftlichem Gebiete, er kann in seinen Machtmitteln so geschwächt sein, daß er sein Kolonialgebiet gegen einen habfüchtigen Dritten nicht zu schützen vermag. Jedenfalls würde ein festländischer Krieg die gesamten Interessen Europas schwächen, damit aber die Seemacht Englands und Amerikas stärken. Mit Ausnahme Rußlands, das dank seiner festländischen Wachstumsmöglichkeit nicht nach außen zu schauen braucht, sind die europäischen Staaten für die Ausbreitung ihrer Nationalität auf das Meer angewiesen. Die wirtschaftliche Ausschließungspolitik, die England und Amerika treiben, führt indessen für das festländische Europa eine Erschwerung seines Absatzes und damit seiner Existenz herbei. Schon aus diesem Grunde sollte sich das ganze festländische Europa gegen England und Amerika, die ihm das materielle Dasein erschweren, zur Wehre setzen: „Dazu ist weiter nichts nötig, als daß Europa einig ist, und Europa kann einig sein, es hat absolut die gleichen Interessen.“ Warum gründet Europa nicht eine Flottenunion? Hätten wir sie, so hätte Spanien nicht seine Kolonien verloren, Frankreich nicht sein Tschoda, Deutschland nicht Samoa erlebt. Zu dieser Flottenunion kann der größte wie der kleinste Festlandstaat beitragen, jeder hat den Nutzen davon. Eifersüchteleien sind natürlich nicht am Platze, die verschiedenen Differenzen könnten und müßten gegenüber der gemeinsamen Gefahr verschwinden, unsern Kolonialbesitz können wir uns gegenseitig garantieren. „Haben wir eine festländisch-europäische Flottenunion, so ist uns europäischen Kolonialmächten manche Sorge abgenommen, und wir brauchen unsern Marineetat nicht ins Unmögliche zu steigern.“ Eine Machtentfaltung zu unsern Ungunsten zu verhindern, ist die Flottenunion jederzeit imstande. Sie ist aber auch die beste Garantie des Weltfriedens. Denn England wird sich dann sagen, daß es in einem Kampf mit der europäischen Unionflotte verloren ist: „Sobald seine Schiffe durch die Unionsschiffe beschäftigt sind, erfolgt die Landung europäischer Truppen mittels schnellfahrender Transportdampfer, und dann — ade England!“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Früher oder später wird der Zwang der Notwendigkeit die festländisch europäischen Staaten zusammenschweißen; je eher es geschieht, um so größer ist der Vorteil. Einem England und einem Zukunftsriesen Amerika gegenüber hilft nur eine europäische Union!“

Wenn je das Wort: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!“ — am Platze war, so ist es derartigen Hirngespinnsten gegenüber. Wir verlieren nicht viel Zeit über der Erwägung, ob das festländische Europa jemals im Sinne dieses Vorschlags einig werden kann. Vermutlich erst dann, wenn die Zeiten des Paradieses wiederkehren, wo die Pardel bei den Böcken wohnen. Jedenfalls haben selbst mehr als fünfundzwanzig Jahre ununterbrochenen Friedens keine Aussicht auf die

Möglichkeit einer Überbrückung der Kluft zwischen Deutschland und Frankreich gezeigt. Beider Länder Regierungen haben freilich wiederholt in einzelnen Fällen eine Gleichartigkeit ihrer Kolonialinteressen anerkannt und bewiesen. Aber es braucht nur an die seit einiger Zeit bekannt gewordne Thatsache erinnert zu werden, daß Frankreich Anfang 1896, als die Transvaaldepesche des Kaisers Wilhelm die Engländer in ein thörichtes Fieber der Entrüstung versetzte, sofort in London seine Unterstützung anbot, falls es zu kriegerischen Ereignissen kommen sollte, während Rußland kühl erklärte, die Angelegenheit berühre es nicht im mindesten. Damals hätte ein geschlossenes und energisches Auftreten des Kontinents gegen England, das überdies in allerlei stachelige Zwistigkeiten mit den Vereinigten Staaten verstrickt war, einen neuen Abschnitt der Weltgeschichte einleiten können. Was aber in jenen Tagen, wo die Entscheidung auf des Messers Schneide — viel mehr, als man zur Zeit in weitem Kreise geahnt hat — lag, versäumt worden ist, das wird in absehbarer Frist nicht wiederkehren. Seit drei Jahrzehnten, kann man sagen, wird der Gedanke eines mitteleuropäischen Zollbündnisses mit Schranken gegen die geschlossenen Wirtschaftsgebiete Amerika und Großbritannien erörtert. Verschwindet er heute von der Tagesordnung, so ruft ihn morgen ein neuer handelspolitischer Übergreif Amerikas oder ein neuer Ausbruch der Imperial Policy Englands wieder ins Leben. Und ist das Projekt jetzt auch nur um Haaresbreite der Verwirklichung näher gerückt, als bei seinem ersten Auftauchen?

Aber selbst wenn das Unwahrscheinliche Ereignis geworden wäre, wenn sich die festländischen Staaten Europas samt und sonders zu einem Schutz- und Trugbündnis gegen England und die Union vereinigt hätten, so lägen in der Seeunion selbst so große technische, taktische und strategische Schwierigkeiten, daß sie im Kriegsfalle eine grausame Enttäuschung bereiten würde. Eine Flotte besteht nicht aus einem beliebigen Haufen verschiedener Schiffe, sondern sie ist ein höchst kunstvoller, sinnreich erdachter, kraftvoll regierter, einheitlichem Willen gehorchender Mechanismus. Jede Kriegsmarine hat ihre eignen Prinzipien für Bau, Panzerung und Armierung ihrer Schiffe, für ihr Offizierkorps und ihre Besatzung, für ihre taktischen Verbände und für ihr strategisches Vorgehen. Wir können es uns hier ersparen, auf eine objektive Würdigung dieser Grundsätze einzugehen, sie zu vergleichen und gegen einander abzuschätzen. Es genügt, daß sie bestehen, und daß diese Folgen einer historischen Entwicklung nicht durch eine Seeunion von heut auf morgen beseitigt werden können. Im Gegenteil, die Kriegsflotte des vereinigten Kontinents würde ein höchst buntschekiges Konglomerat von ganz verschiedenartigen Teilen sein, die nun und nimmer dem Drucke einer Hand gehorchen würden, selbst wenn es gelänge, ein einziges Oberkommando für sie einzusetzen. Demgegenüber aber steht die englische Marine, eine geschlossene, in sich gefestete, nach außen einheitlich gegliederte Organisation, in die Schiffe und Kanonen, Offi-

ziere und Mannschaft nach erprobten Erfahrungen eingefügt sind, mit einer leitenden Spitze, mit voller Beherrschung der Technik und Taktik und mit klarem Bewußtsein über die strategischen Notwendigkeiten.

Wenn der Kampf zwischen Großbritannien und dem ganzen europäischen Kontinente bestünde, hätte England mit Ausnahme von Ostasien überall sonst die Hände frei; es könnte seine Flotte aus allen Weltgegenden in die europäischen Gewässer des Atlantik werfen, und selbst wenn die europäische Seemacht über mehr Schiffe und Geschütze verfügen sollte, wäre diese rudis indigestaque moles an Schlagkraft und Zielsicherheit viel schwächer als die britische Seestreitmacht. Von der Eventualität einer Landung auf dem Boden des Vereinigten Königreichs — die ein „Ude!“ für England bedeuten könnte — würde jedoch überhaupt erst die Rede sein dürfen, wenn die englische Flotte vernichtet ist; es genügt nicht, sie zu „beschäftigen,“ um dann gewissermaßen hintenherum eine Invasion in Feindesland zu vollführen. Auch nur eine geringe Anzahl englischer Kriegsschiffe reicht hin, jeden Landungsversuch zu stören. Japan hat seine Truppen nicht eher auf das Festland von Korea zum Einbruch in die Mandchurei werfen können, als bis es nach der Schlacht am Yaluflusse die Seewege frei beherrschte. Und selbst wenn es gelänge, einige hunderttausend Mann glücklich nach England zu bringen — wozu eben auch einige hundert große Transportdampfer gleichzeitig notwendig wären —, so wären diese von der Verbindung mit der Heimat abgeschnitten und ohne sichernden Rückhalt einem erbitterten Kampfe preisgegeben, wenn nicht die Seeherrschaft in den Händen des vereinigten festländischen Europas wäre.

Wir würden, wie gesagt, bei der Kritik derartiger Projekte gar nicht verweilen, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß dadurch das richtige Ziel unsrer Politik in den Augen der Massen verschleiert oder verrückt werden könnte. Wer unzulängliche oder unzutreffende Maßnahmen vorschlägt, dient nur den Gegnern und Feinden einer gesunden und kräftigen Entwicklung von Deutschlands Weltmacht, die auf einer starken Flotte noch mehr als auf seiner Landmacht ruht. Es ist ein Irrtum von verhängnisvoller Tragweite, wenn man glaubt, daß auch die weiseste Staatskunst ohne die entsprechenden Machtmittel die Zukunft eines großen Reiches sichern könnte. Gewiß vermag eine geschickte Hand die Steine auf dem Schachbrett in günstige Konstellation zu bringen. Man kann durch kluge Benutzung der Umstände und Personen Rivalen schaffen, denen gegenüber man die Entscheidung in der Hand hält. Man kann durch Bündnisse seine eigne Position verstärken und den Gegner isolieren. Aber am letzten Ende versagen alle diplomatischen Künste, zuletzt geht doch immer hart auf hart, und dann gilt in der Welt allein die Macht und nichts anderes. Niemand hat dies mehr gewußt und hat mehr danach gehandelt als der größte Staatsmann aller Zeiten, Fürst Bismarck. Er stand fest zum Könige, als es das Schwert zu schmieden und zu schärfen galt, das für Kaiserreich und

Kaiserkrone kämpfen sollte. Dreimal durchhieb er den gordischen Knoten mit scharfem Streiche. War für ihn auch der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, so hat doch sein Genie von Anfang an erkannt, daß ohne Blut und Eisen weltgeschichtliche Thaten nicht vollbracht werden. Er hat oft verkündet, man müsse den Krieg hinauschieben, so lange es irgend gehe, aber er hat sich und der Welt niemals verhehlt, daß der Krieg doch die ultima ratio der Diplomatie sei. Auch Bündnisse vermögen die Entscheidung um Lebensfragen der Nation nicht für alle Zeiten aus dem Bereiche der Waffen zu heben. Wer die „Gedanken und Erinnerungen“ liest, wird staunen, mit welcher Skepsis der Schöpfer der deutsch-österreichischen Allianz und des Dreibunds von Bündnissen spricht; so z. B. (Band II, S. 249): „Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie »im Kampf ums Dasein« auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden.“ Darum war Anfang und Ende der Bismarckischen Politik, Deutschland-Preußen für sich allein wehrhaft zu machen. Die Waffen entscheiden über die Welt!

Auf dem Lande haben wir dieser Notwendigkeit gehorcht. Zur See stehn wir erst im Anfange des Wegs. Erkennen wir an, daß wir keine Möglichkeit haben, auf unsern Anteil an der Weltmacht und der Weltwirtschaft zu verzichten, ohne als Großstaat und Kulturvolk abzudanken, so müssen wir auch die Folgerungen ziehn und unsrer Politik das für die Entscheidung brauchbare Werkzeug liefern. Das aber ist die Kriegsslotte; diplomatische Künste und Bündnisverträge nützen uns ohne sie heutzutage, wo sich unsre Rivalen in der Welt auf starke Flotten stützen, nur wenig. Wenn ein agrarisches Blatt unlängst schrieb, es sei freilich nicht so ganz einfach, gleichzeitig im Dreibund sowie in gutem Verhältnis zum Zweibund und infolge dieses Rückhalts auch zu England zu stehn, aber es gebe bei den mannigfaltigen Beziehungen der Staaten überhaupt keine einfache Formel, sie würden immer ein hier enger, dort loser geknüpftes Netz bilden, und es komme nur darauf an, „daß unsre Diplomatie wie die Spinne in der Mitte dieses Netzes sitzt,“ so ist zu dieser naiven Theorie zu bemerken, daß — um im Bilde zu bleiben — auch die Spinne des Netzes umsonst inmitten sitzen würde, wenn sie nicht mit scharfem Gebiß und flinken Füßen zur Vernichtung ihrer Widersacher bewehrt wäre.

„Seitdem ein Großstaat ohne wirtschaftliche Weltinteressen undenkbar geworden ist, ist auch ein wahrer Großstaat ohne Seemacht nicht mehr zu denken.“ Dieses Wort Friedrich Hegels ist in seiner epigrammatischen Kürze die wirkungsvollste Fürsprache für die Kriegsslotte. Für ihren Ausbau ist mit dem Gesetz vom 10. April 1898 eine feste Grundlage geschaffen worden. Aber dieses Fundament ist in seinen Dimensionen nach den Verhältnissen um

die Mitte des Jahres 1897 bemessen; in der Begründung wie in den Reichstagsverhandlungen ist immer wieder betont worden, daß der Flottenplan, der spätestens bis zum Schluß des Etatsjahres 1903, das ist also bis zum 31. März 1904, durchgeführt werden muß, den damals, zur Zeit der Ausarbeitung des Gesetzes geltenden Seeinteressen Deutschlands angepaßt ist. In der kurzen Spanne von kaum zwei Jahren aber haben seitdem diese Seeinteressen schon eine gewaltige Erweiterung erfahren: Unser Spezialseehandel ist von $5\frac{3}{4}$ Milliarden im Jahre 1897 auf $6\frac{1}{3}$ Milliarden im Jahre 1898 gestiegen, unser Seeschiffsverkehr dehnt sich — man kann sagen — täglich nach Zahl, Wert und Größe der Schiffe wie nach Vielfältigkeit der Routen aus, die Zahl der Reichsangehörigen, die drüben im Erwerbsleben stehn, wächst ständig, die Höhe deutschen Kapitals, das in fremden Ländern angelegt ist und seine Zinsen nach der Heimat schickt, wird mit 15 bis 20 Milliarden Mark nicht übertrieben taxiert sein; unser Kolonialbesitz hat sich durch die Pachtung von Kiautschou mit der Provinz Schantung als Hinterland und den Kauf Mikronesiens — vielleicht auch durch das deutsch-englische Abkommen über Südafrika — bedeutend erweitert und stellt nunmehr an die Kriegsmarine neue und große Aufgaben. Aber nicht nur unsre Seeinteressen haben sich in dieser kurzen Zeit vergrößert und werden gewiß von Jahr zu Jahr weiter wachsen, auch die politische Konstellation hat seit Mitte des Jahres 1897 Verschiebungen erfahren, die die Bedeutung der Seemacht recht eindringlich einschärfen.

Vor allem hat der Ausgang des spanisch-amerikanischen Kriegs in den Vereinigten Staaten eine Großmacht ersten Ranges in die Weltpolitik verflochten. Die Rehrseite der Monroedoktrin, daß, wenn Amerika für die Amerikaner sei, Amerika sich auch auf Amerika beschränke, gilt nicht mehr: die Union spricht nun ein Wort mit in allen Welthändeln, und sie ist mit Eifer und Nachdruck bedacht, das Instrument ihrer Politik, die Kriegsflotte zu verstärken. In Großbritannien hat der Imperialismus jetzt schon zu einer gewaltigen Vermehrung der Marine geführt, die von allen Parteien, einschließlich den radikalsten Sozialdemokraten, gebilligt wird. Rußland weist gleichfalls seit kurzem das Bestreben der Flottenverstärkung auf; seit 1897 ist sein Marinebudget von 134 auf 187 Millionen gestiegen. Frankreich ist unablässig in Versuchen und Erfindungen, seine Flotte leistungsfähiger zu machen. In Japan erwächst eine große Seemacht in Ostasien. Alle diese Staaten wissen, daß eine Aufteilung der Erde begonnen hat: China, Afrika, vielleicht Südamerika sind der Preis, um den gerungen wird — mit handelspolitischen Maßnahmen, mit diplomatischen Künsten, mit den Machtmitteln des Staats. Deutschland kann hier um seiner Existenz willen nicht zurückbleiben. Will es leben, so muß es seefahren, will es seefahren, so bedarf es der Seegelung. Landheere und Bündnisverträge spielen in der Weltpolitik nur eine subsidiäre Rolle, als

Freund gesucht, als Feind gefürchtet wird Deutschland in der Weltpolitik erst durch eine starke Flotte. Das muß das Caeterum censeo aller Deutschen werden!



Brauchen wir fremdes Brotkorn?



Die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft den Bedarf des deutschen Volks an Brotkorn decken könne, wird angesichts des näher rückenden Ablaufs unsrer Handelsverträge mit den Hauptkornländern schon lebhaft erörtert. Ganz neuerdings sind darüber von besonders beachtenswerten Stellen Urteile abgegeben worden, über die hier kurz berichtet werden soll.

Es ist nötig, bei dieser Frage eine Bemerkung voranzuschicken. Wenn man fragt, ob bei intensivster Ausbeutung der heute zum Getreidebau verwendbaren Flächen die moderne landwirtschaftliche Technik das zur Ernährung des deutschen Volks erforderliche Brotgetreide in Deutschland selbst erzeugen könne, so ist darauf entschieden mit Ja zu antworten. In diesem Falle würden wir wohl, ohne die Benutzung von Weizen und Korn zu Viehfutter und zu industriellen Zwecken, Brauerei, Brennerei usw., oder auch den Anbau von Hackfrüchten und Handelsgewächsen, sowie den Waldbestand stark einschränken zu müssen, sogar noch einen Überschuß ans Ausland abgeben können.

Aber dieser Fall ist eine praktisch ganz wertlose Hypothese, schon weil er die Verstaatlichung der ganzen Landwirtschaft zur Voraussetzung hätte. Solange das landwirtschaftliche Privatgrundeigentum, der landwirtschaftliche Privatgrundbesitz und der landwirtschaftliche Privatbetrieb vorherrschen, wird es hauptsächlich in dem Belieben und dem Vermögen der einzelnen Landwirte, d. h. einzelner Privatleute liegen, ob sie den Getreidebau intensiv oder extensiv betreiben, ob sie im Verhältnis zu der von ihnen bewirtschafteten Fläche viel oder wenig Brotkorn erzeugen. Selbst die Einführung des landwirtschaftlichen Befähigungsnachweises würde daran wenig ändern. Es würde trotzdem faule und fleißige, leichtlebige und gewinnsüchtige, ja wohl auch immer noch dumme und kluge Wirte geben. Der reiche Mann mit wenig Kindern wird immer der Ausbeutung seines Guts anders gegenüberstehen als der verschuldete mit zahlreicher Nachkommenschaft. Und man kann auch nur wünschen, daß nicht das ganze Land zu einer Getreidemusterwirtschaft werde. Wenn wir auch in die Klagen des Rittergutsbesitzers und Professors der Tonkunst Rudolf vor einiger Zeit in den Grenzboten über die Verkoppelung und über das Ver-